Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 35 (2016)
Heft: 68

Buchbesprechung: Marginalien/ Rezensionen

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

MARGINALIEN/REZENSIONEN

Henri Lefèbvre: **Das Recht auf Stadt.** Ins Deutsche übersetzt von Birgit Althaler. Edition Nautilus, Hamburg 2016 (219 S.)

Endlich! Fast fünfzig Jahre hat es gedauert, bis Henri Lefèbvres *Le droit à la ville* auf Deutsch übersetzt wurde. Im März 1968 wurde es erstmals auf Französisch publiziert. Lefèbvre hat die Streitschrift innert wenigen Monaten auf Papier gebracht, als sich die Turbulenzen des Pariser Mai 1968 bereits ankündigten. Der Philosoph, damals an der Universität Paris-Nanterre lehrend, war mit Gruppen der StudentInnenbewegung verbunden, insbesondere der Situationistischen Internationale, mit der er bis zu einem Streit mit Guy Debord einen regen inhaltlichen Austausch pflegte. «Unter den Pflastersteinen liegt der Strand», skandierten damals die SituationIstinnen. Und knapp hundert Jahre nach der Pariser Commune von 1871 war es erneut der städtische Raum (und nicht etwa die Fabrik), wo der antikapitalistische Widerstand kulminierte. Auch deshalb barg Lefèbvres Buch Sprengkraft: Es vermochte der «Wiedereroberung der Stadt» (S. 46) eine philosophische Grundlage und einen politischen Slogan zu geben: Das Recht auf Stadt.

In den letzten Jahren ist das Recht auf Stadt wieder zu einem viel benutzten «Appell» und «einer Forderung» (S. 165) städtischer Bewegungen geworden. Selten hatte ein Buch, zumindest im deutschsprachigen Raum, einen so grossen «impact-before-publication», wie Christoph Schäfer in seinem Vorwort bemerkt. Ausgehend vom Hamburger Recht-auf-Stadt-Netzwerk sind im letzten Jahrzehnt in vielen deutschsprachigen Städten stadtpolitische Zusammenschlüsse entstanden. Doch auch in den USA besteht ein Right-to-the-City-Network, Wohnungslose in Durban, Künstlerinnen in Caracas und selbst die Unesco berufen sich auf den Slogan. Das Recht auf Stadt eignet sich als Mantelkonzept für vielfältige städtische Kämpfe – doch läuft es deshalb auch Gefahr, zu einem mit Bedeutung überfrachteten Begriff zu werden und an politischer Kontur zu verlieren.

Die (sehr gute) Übersetzung kommt also zu einem wichtigen Zeitpunkt. Enttäuscht wird jedoch, wer ein konkretes politisches Programm vorzufinden hofft. Lefèbvre schreibt poetisch, suchend, legt erste Gedankenstützen für seine Stadt- und Raumphilosophie, die er später in *La révolution urbaine* (1970) und *La production de l'espace* (1973) sys-

tematischer ausarbeiten wird. Die Konzepte sind politisch aufgeladen, doch bleiben sie offen, auch mit Absicht: Ein politisches Projekt wird nicht in der Theorie, sondern in einer gesellschaftlichen Praxis erarbeitet, von der wiederum die Philosophie Teil ist. Lefèbvre versucht, Marx' «Aufhebung der Philosophie in der Praxis» zu verwirklichen, «das Denken und das Handeln für Möglichkeiten zu öffnen, indem Perspektiven und ein Weg aufgezeigt werden», wie er in der «Vorwarnung» des Buches schreibt (S. 27).

Über weite Strecken ist die 173 Seiten lange Schrift denn auch ein Mäandern durch die Geschichte der Stadt und der Philosophie. Es wird gezeigt, wie das Denken vom antiken Athen bis zu den Stadtstaaten der Renaissance von dem urbanen Leben ausging. Damals, beobachtet Lefèbvre, sei die Stadt noch als Gebrauchswert produziert worden, als *œuvre,* als (Kunst-)Werk. Denn: «Der höchste Gebrauch der Stadt [...] ist das Fest.» (S. 31) Deshalb seien Städte noch Zentren des gesellschaftlichen Lebens gewesen. Gewiss, Lefèbvre blendet so die damaligen Herrschaftsstrukturen aus, womit er einer Nostalgie für die vorindustrielle Stadt zu verfallen scheint. Doch der nostalgische Blick verfällt keinem «Früher war alles besser», er richtet sich nach vorne, indem er in dem nur scheinbar Verlorenen das revolutionäre Potenzial des Urbanen erblickt: «Es ist eine geistige und soziale Form, die der Gleichzeitigkeit, der Versammlung, des Zusammenwirkens, der Begegnung.» (S. 124f.) Die Dichte der Städte ermöglicht die Begegnung von Differenzen und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, an der Zentralität. Das Urbane ist so potenziell integrierend, es weckt den Wunsch nach Selbstbestimmung.

Mit der Industrialisierung kommt es zu einer «Krise der Stadt», die Lefèbvre mit dem Doppelbegriff «Explosion/Implosion» fasst (S. 38): Die Städte explodieren, an ihren Rändern nahe der Industrie wuchern neue ArbeiterInnensiedlungen und Elendsviertel. Gleichzeitig implodieren die Innenstädte. Sie verfallen oder werden zu monotonen Geschäftszonen. Das städtische Leben, durch die kunstvollen Innenstädte beflügelt, verschwindet. «Der Tauschwert, die allgemeine Durchsetzung der Ware im Zug der Industrialisierung, unterwirft sich tendenziell die Stadt.» (S. 33) Damit setzt Lefèbvre den marxistischen Widerspruch zwischen Gebrauchs- und Tauschwert als grundlegenden Konflikt des Rechts auf Stadt.

Die Industrialisierung trägt die Urbanisierung also in sich, ja diese selbst ist «Ziel und Finalität der Industrialisierung» (S. 195). Diese dialektische Verbindung von Industrialisierung und Urbanisierung aufzuzeigen war eine damals neue, vom Marxismus vernachlässigte These, mit der Lefèbvre quasi im Vorbeigehen der marxistischen Stadtforschung die Tür öffnete und die in der Folge etwa zur Grundannahme der urbanen politischen Ökonomie David Harveys wird. Lefèbvre selbst entfernt sich sodann wieder von der ökonomischen Analyse: Er sieht die kapitalistische Urbanisierung als Klassenstrategie der aufstrebenden Bourgeoisie, welche die ihr unwohle Unordnung des urbanen Lebens zu kontrollieren sucht: Baron Haussmann, von 1853 bis 1870 Stadtplaner von Paris, reisst die ArbeiterInnenviertel nieder und baut grosse, dem Militär zugängliche Boulevards. Die Innenstadt wird zum Konsum- und zum «Entscheidungszentrum» (S. 184), die Teilhabe an

der Macht verschränkt sich mit der Teilhabe an der Zentralität der Stadt; ein verräumlichter Klassenkampf, der in der Pariser Kommune von 1871 mündet und – wie von Haussmann vorgesehen – mit dem Einmarsch des französischen Militärs in Paris eine vorläufige Entscheidung findet.

Über weite Teile konzentriert sich Lefèbvre jedoch auf die «Krise der Stadt» der 1960er-Jahre: In Paris werden die Grandes Ensembles gebaut, modernistische Wohnblöcke in den Banlieues. Die ArbeiterInnenschaft wird in «Wohngebiete» am Stadtrand verbannt. Der Urbanismus wird zur «Ideologie und Praxis» (S. 28). Er gibt vor, die Stadt sei durch «Spezialwissenschaften» berechenbar und ihre Probleme durch technokratische Planung zu lösen. Was diese modernistische Raumplanung aber bewirkt, sei letztlich eine «desintegrierende Integration». Sie baue eine Stadt, die das Urbane fortwährend zu zerstören versucht. Lefèbvre spricht deshalb mit Blick auf die «Wohngebiete» auch von einer «desurbanisierenden Urbanisierung». Dieser Analyse sollte erneut Aufmerksamkeit geschenkt werden, denn heute sind es dieselben Banlieues, die als «Terrorquartiere» oder «No-go-Zonen» Eingang in die migrationspolitischen Debatten gefunden haben. Lefèbvres Analyse ermöglicht damit, die stadtpolitische Dimension der «Integrationsfrage» in den Fokus zu nehmen.

Doch was ist nun mit dem Recht auf Stadt? Lefèbvre lässt sich Zeit – und hält sich kurz: Erst im drittletzten Kapitel spricht er zum ersten Mal vom Recht auf Stadt, das er mit folgendem Befund einleitet: «Die historisch geformte Stadt lebt nicht mehr, lässt sich praktisch nicht mehr erfassen. Sie ist nur noch ein Gegenstand kulturellen Konsums für die Touristen, für den Ästhetizismus, der nach Spektakel und Pittoreskem lächzt». (S. 150) Doch das Recht auf Stadt sei kein «einfaches Recht auf Besuch oder Rückkehr in die traditionellen Städte» (S. 166). In der «Einleitung zu Raum und Politik», welche dem Buch als Nachwort angehängt ist, macht Lefèbvre auf den letzten Seiten deutlicher, was er unter dem Recht auf Stadt versteht: Ein «Recht auf Begegnung und Versammlung», als Teilhabe aller StadtbewohnerInnen an einer erneuerten «Zentralität», das Recht, «in allen Kommunikations-, Informations- sowie Tauschnetzen und -kreisläufen berücksichtigt zu werden» (S. 215f.).

Das Urbane, das potenziell in den desurbanisierten Städten schlummert, soll verwirklicht werden, ein «städtisches Leben in verwandelter, erneuerter Form» (S. 150). In der Diskussion über das Buch wird deshalb immer wieder betont, dass das Recht auf Stadt nicht als bürgerliches Recht verstanden werden könne. Vielmehr sei es eine politische Praxis, die sich die «Aneignung» des städtischen Raumes zum Mittel und Ziel mache. Hier wird die Nähe Lefèbvres – 1958 wegen kritischen Äusserungen zur Politik der Sowjetunion von der Kommunistischen Partei Frankreichs ausgeschlossen – zu den radikalen sozialistischen Gruppen Frankreichs erkennbar, die die Sowjetunion als Staatskapitalismus analysierten und jegliche Form der Bürokratisierung ablehnten. Lefèbvre übernimmt deren Forderung nach «autogestion generalisée» (im Buch als «verallgemeinerte Selbstverwaltung» übersetzt) und versucht, sie städtisch zu denken.

Darin mögen sich Besetzerinnen, Künstler und Aktivistinnen wiederfin-

den, die sich die Aneignung und die Selbstverwaltung des städtischen Raumes in kulturellen Freiräumen, Quartierinitiativen oder selbstorganisierten Wohnprojekten zur politischen Strategie gemacht haben. Lefèbvre macht diese «urbanistischen Projekte», die «hellsichtig ‹utopisch›» seien (S. 161), als essenziellen Bestandteil seiner schemenhaft dargestellten «urbanen Strategie» aus. Ebenfalls Teil dieser Strategie ist ein «politisches Programm der Stadtreform» (S. 160), das sich auf wissenschaftliche Erkenntnisse stützt und versucht, in die Tagespolitik der Stadtplanung einzugreifen. Denn gerade weil die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse den städtischen Raum erst produzieren, stellt der Kampf um eine andere Produktion von Stadt auch gesellschaftliche Verhältnisse infrage: «An sich reformistisch, wird die Strategie der Sanierung der Stadt ‹zwangsläufig› revolutionär, nicht durch die Kraft der Dinge, sondern gegen die etablierten Dinge.» (S. 159) Dies mag besonders jenen sozialdemokratischen Kräften ein Mahnwort – oder eine Perspektive – sein, die in vielen von ihnen regierten Städten den neoliberalen Umbau selbst vollzogen haben.

Doch fordert solch eine «auf die Wissenschaft von der Stadt gestützte urbane Strategie» (ebd.) auch die Sozialwissenschaften heraus. Gerade dort wird Lefèbvre seit einigen Jahren vermehrt Aufmerksamkeit geschenkt, nicht zuletzt dank der deutschsprachigen Arbeiten von Christian Schmid. Lefèbvres Konzept der dreidimensionalen Raumproduktion erfreut sich einer vielfältigen Ausarbeitung für methodologische Forschungsdesigns (inklusive der des Rezensenten). Doch einer solchen Aneignung durch die Sozialwissenschaften droht die Gefahr, Lefèbvre «unter weitgehender Ausblendung seiner revolutionstheoretischen Ambitionen» zu lesen, wie Klaus Ronneberger in einem Interview mit der WOZ vom 3. April 2014 mahnte. Dies ist spätestens dann der Fall, wenn Architekten wie Herzog & de Meuron, Marcel Meili und Roger Diener sich Lefèbvre als theoretisches Gerüst für ihren raumpolitischen Entwurf *Die Schweiz. Ein städtebauliches Portrait* (2005) aneignen. Zwar hebt sich so die Philosophie in der Praxis auf. Nur in der falschen.

Eine Beschäftigung mit Lefèbvres stadtpolitischer Streitschrift scheint also heute dringender denn je. Doch, so glaube ich, nicht hauptsächlich für aktivistische Stadtgruppen, die das Recht auf Stadt bereits zur Praxis machen und «einen Weg aufzeigen» – sondern vor allem für Wissenschaftlerinnen und Stadtpolitiker, die den an sie gerichteten Appell Lefèbvres bisher nur allzu gerne überhört haben. Die Herausforderung besteht heute darin, an Lefèbvres Projekt einer neuen «Wissenschaft der Stadt» zu arbeiten, die mehr ist als eine Kritik der neoliberalen Produktion des Raumes: Eine Wissenschaft, die ausgehend von der gesellschaftlichen Praxis der Recht-auf-Stadt-Initiativen «Perspektiven aufzeigt», wie eine andere, emanzipatorische Produktion von Stadt gedacht und stadtpolitisch umgesetzt werden kann.

Jonas Aebi

Felix Wiegand: **David Harveys urbane Politische Ökonomie.** Ausgrabungen der Zukunft marxistischer Stadtforschung, 2., korrigierte Auflage. Westfälisches Dampfboot, Münster 2016 (298 S.)

Viele spannende MarxistInnen sind in die Jahre gekommen. István Mészáros erreicht nächstens 86 Jahre, Selma James hat diesen Geburtstag bereits hinter sich. Mario Tronti konnte den 85. und Toni Negri den 83. feiern. Zu erwähnen wären weitere in ihrem siebten Lebensjahrzehnt, beispielsweise Étienne Balibar, Silvia Federici oder Jacques Rancière. In diesen Altersklassen drängen sich umfassende Einschätzungen auf – sei es einer einzelnen Person oder einer bestimmten Strömung innerhalb der marxistischen Heterodoxie. David Harvey ist ebenfalls bereits 81 Jahre alt und immer noch sehr vital. Zweifellos gehört er nicht in die Kategorie der bereits Ausanalysierten und Abgehakten – angeblich ist er der meistzitierteste Marxist auf diesem Planeten. Er hat ein breites und umfangreiches Werk geschaffen, und zu hoffen ist, dass er auch weiterhin Bücher schreiben kann. Seine Schriften werden seit etwa 2005 vermehrt auf Deutsch übersetzt. Felix Wiegand hat den Versuch unternommen, eine systematische Einführung und Rekonstruktion eines zentralen Teils von Harveys Denken zu präsentieren. 2013 veröffentlichte der Dampfboot-Verlag die überarbeitete Version seiner politikwissenschaftlichen Diplomarbeit. 2016 ist eine zweite, korrigierte Auflage erschienen. Wiegand fokussiert auf *David Harveys urbane Politische Ökonomie.* Der etwas sperrige Untertitel *Ausgrabungen der Zukunft marxistischer Stadtforschung* erklärt sich damit, dass Wiegand bei Harveys Werk von einer «terra incognita» ausgeht, die auszugraben und textnah fruchtbar zu machen sei.

Das Buch ist in sechs Kapitel eingeteilt. In der Einleitung skizziert Wiegand zunächst Harveys Beitrag zur kritischen Stadtforschung. Im darauffolgenden Kapitel wird Harveys Biografie räumlich verortet. In den drei nächsten Kapiteln thematisiert der Autor Grundlagen, Annäherungen und Errungenschaften seiner Theorie. Zum Schluss diskutiert er Harveys Analysen der kapitalistischen Urbanisierung im Spannungsfeld von Akkumulation und Klassenkampf.

Wiegand zeichnet anschaulich nach, wie sich Harvey von einem aus der ArbeiterInnenklasse stammenden progressiven Geografieprofessor zu einem marxistischen Vordenker ohne Allüren entwickelte und wie seine empirischen Studien und politischen Erfahrungen in seine sehr theoretischen Konzepte eingeflossen sind. Im Gegensatz etwa zu den frühen italienischen OperaistInnen erachtet Harvey die Stadt als zentrales Kampffeld sozialer Auseinandersetzungen, nicht die Fabrik. Für ihn ist die Urbanisierung konstitutiv für die kapitalistische Entwicklung. Eine Beschränkung auf die industrielle Produktion im engen Sinne übersieht gemäss Harvey die für die Gesamtreproduktion des kapitalistischen Systems jeweils vorhandenen Probleme sowie die dafür notwendige Absorption von Kapitalüberschüssen. Deshalb seien Investitionen für Produktion und Konsumtion in die gebaute Umwelt (der sekundäre Kapitalkreislauf) wie auch alle Anforderungen an die Reproduktion der Arbeitskraft (tertiärer Kapitalkreislauf) in die Analyse einzubeziehen. Damit ist das grosse Feld von Harveys politischer Ökonomie des

städtischen Raumes umrissen. Wiegand behandelt diese Entfaltungen und Verbindungen detailliert und kritisch. Zudem unterlegt er sie mit Harveys Studien zu Paris vor der Commune 1871 oder zu Baltimore und New York. Eine Überprüfung und allfällige Aktualisierung von Harveys Ansatz am gewaltigen chinesischen Urbanisierungsprozess schiene in diesem Kontext besonders interessant.

Wiegand arbeitet gut heraus, wie Harvey den Marxismus bereichert hat, indem er Raum und Zeit systematisch in die kapitalistischen, krisenbehafteten Akkumulationsprozesse integrierte. Er sieht die gebaute Umwelt als regional «strukturierte Kohärenz» (S. 165ff.), in der Kapital und Arbeit kombiniert werden und mit der eine möglichst reibungslose Akkumulation sichergestellt werden soll. Folglich ist Kapital nicht einfach grenzenlos mobil, sondern wegen getätigter Investitionen und bereits gestellter Infrastruktur zumindest für eine bestimmte Zeit an die betreffende Örtlichkeit gebunden. Vor allem in der Folge von Krisen wird die Spannung zwischen Fixiertheit und Bewegung von Kapital in Prozessen der De- und Reterritorialisierung umgesetzt. Wer also genauer wissen will, was dieser «spatio-temporal fix» (S. 183ff.) ist oder wie die verschiedenen Kapitalkreisläufe funktionieren und ineinandergreifen, kann dies bei Wiegand schnell und mit aussagekräftigen Textstellen belegt nachlesen.

Am Ende des fünften Kapitels eröffnet Wiegand eine «kritische Reflexion», in der er verschiedene KritikerInnen von Harvey – insbesondere von seinem theoretischen Hauptwerk *Limits to Capital* (1982) – zu Wort kommen lässt. Wiegand schliesst sich dem Urteil von Bob Jessop an: Harvey habe die ökonomische Dimension des Kapitalismus auf einem sehr hohen theoretischen Abstraktionsniveau behandelt und auf der Grundlage der Marx'schen Werttheorie erweitert, doch seien die extraökonomischen Dimensionen, beispielsweise der Staat oder Geschlechterverhältnisse, nicht genügend theoretisiert; zudem habe Harvey nicht zeigen können, wie sie mit den grundlegenden internen Relationen kapitalistischer Gesellschaften zusammenhängen. Wiegand selber ist der Ansicht, dass Harveys Theoriegebäude der 1980er-Jahre «bei weitem noch nicht hinreichend» sei, «um konkrete gesellschaftliche Realitäten analysieren zu können» (S. 192). Harvey selbst dürfte diesem Urteil wohl nur bedingt zustimmen. Doch seine aktuellen Analysen des Neoliberalismus, des Imperialismus oder der Finanzkrise seit 2007 haben markant an Konkretheit gewonnen.

Im abschliessenden Kapitel «Kapitalistische Urbanisierung zwischen Akkumulation und Klassenkampf» setzt sich Wiegand mit spezifischen Kritiken an Harvey auseinander. Dabei weist Wiegand insbesondere funktionalistische Unterstellungen zurück. Eingegangen wird ebenfalls auf die komplexen Rententheorien, die Harvey anführt, um die Spekulation zu erklären. Hierbei finden sich bei Wiegand aber auch Ungenauigkeiten hinsichtlich Produktion und Verteilung von Mehrwert (z. B. S. 224). Entscheidend ist jedoch, dass Wiegand hier auf die urbanen Auseinandersetzungen rekurriert. Zwar lässt die Analyse Harveys offen, wie eine Stadt von der Linken zu organisieren sei. Die Forderung nach umfassender Demokratisierung – oftmals in Verbindung mit Henri Lefèbvres «Recht auf Stadt» diskutiert – eröffnet wohl neue Perspektiven. Für Harvey not-

wendig ist jedoch die urbane Revolution, mit der die gesamte kapitalistische Produktionsweise hinweggefegt werden müsste. Diese Strategie wird von Harvey in seinem Buch *Rebellische Städte* (2012, dt. 2014) weiterentwickelt, ohne jedoch eine klare und kohärente Vorgehensweise formulieren zu können.

Wiegand zeigt, inwieweit Harvey der Marx'schen Grundlage in seinem theoretischen Gerüst und in seiner Sicht auf soziale Kämpfe als Bedingungen für gesellschaftliche Transformation verbunden bleibt und zugleich auf produktive Weise eine sehr wichtige Weiterentwicklung für die heutige Kapitalismusanalyse und eine Basis für einen «historisch-geographischen Materialismus» (S. 92ff.) bietet.

Es lohnt sich, Wiegands Buch über Harvey zu lesen, um einen vertieften Einstieg in das theoretische Werk des englischen, in den USA lebenden Marxisten zu erhalten. Der Schwerpunkt im Buch liegt auf der politischen Ökonomie der Urbanisierung, viele weitere Aspekte aus dem zugänglichen Gesamtwerk werden gestreift, ohne dass genügend darauf eingegangen wird. Auf diese Weise erfolgt eine Teilrekonstruktion, aber keine Gesamteinschätzung von Harveys theoretischem Werk. Ein solches Unterfangen hätte den Rahmen einer Diplomarbeit allerdings vollständig gesprengt, auch wenn Wiegand verschiedentlich damit kokettiert. Weil nun aber die neuen Bücher von Harvey relativ schnell übersetzt werden, lassen sich individuelle Zugänge und Einschätzungen selbständig erarbeiten.

Harvey ist zu Recht einer der meistgenannten marxistischen Stadttheoretiker, doch seine Interessen gehen darüber hinaus. Er ist bestrebt, mit dem bei Marx vorhandenen Instrumentarium und eigenen theoretischen Konzeptualisierungen (erwähnt sei noch die seit der Jahrhundertwende immer relevanter gewordene «Akkumulation durch Enteignung») die vielfältigen Krisen der aktuellen kapitalistischen Entwicklungen zu erklären. Harvey bewegt sich dabei nicht nur auf der Ebene abstrakt-theoretischer Herleitungen, sondern sieht die sozialen Auseinandersetzungen als Movens der Geschichte. Wiegand hat diesen zentralen Punkt Harveys ebenfalls nachdrücklich im Blick, selbst wenn er wegen des Publikationszeitpunktes Harveys *Rebellische Städte* noch zu wenig einbeziehen konnte und die *Siebzehn Widersprüche und das Ende des Kapitalismus* (2014, dt. 2015) damals noch der Veröffentlichung harrten. Mit den Büchern aus dem letzten Jahrzehnt sowie der Publikation von Wiegand erhält man im Verlaufe einer intensiven Ferienlektüre einen sehr guten Überblick über den marxistischen Ansatz und die Erkenntnisse von David Harvey.

Roland Herzog

Verein Neustart Schweiz (Hg.): **Nach Hause kommen.** Nachbarschaften als Commons. Edition Volles Haus, Baden 2016 (160 S.).

Mit dem Aufschlagen des Buchdeckels schwingt die Tür auf zu einer «Nachbarschaft», und schon steht die Leserin mittendrin in der guten Stube oder eben dem Mikrozentrum. Hier findet sie sich wieder in der mit «Aquarien und Zimmerpflanzen» (S. 133) unterteilten Lounge: Es dominieren Holzmöbel, zur Zerstreuung stehen die Bibliothek und das Billardzimmer

zur Verfügung und fürs leibliche Wohl wird am Take-away-Tresen und im Bistro gesorgt. Die an Details überbordenden Schilderungen der Autor*innen des Büchleins *Nach Hause kommen. Nachbarschaften als Commons* sind eine verführerische Einladung, diesen Traum einer schönen neuen Welt mitzuträumen, in der alles so ist, wie wir es uns wünschen: sozial und ökologisch nachhaltig, qualitativ hochwertig und reich an Genüssen. Aber stopp – die Leserin ist gerade über eine herumrollende Redbull-Dose gestolpert (ein Fehler in der Matrix!): Wer ist dieses Wir? Dieses Kollektiv wird zwar als «Vielfalt» (S.12) beschworen, jedoch drängt sich der Verdacht auf, dass sämtliche Formel-1-Fans, Fernsehjunkies und Big-Mac-Liebhaberinnen aus ästhetischen Gründen aus dieser Traumwelt wegretuschiert worden sind. Und in Limbo darauf warten, den Schlaf der gerechten Nachbarschaftsbewohner*innen heimzusuchen ...

Aber lassen wir uns den Spass nicht gleich von Beginn weg verderben, schliesslich befinden wir uns im Genre der Utopie. Das Autor*innenkollektiv – u. a. Andreas Hofer (Architekt und Mitgründer des Genossenschaftsprojekts Kraftwerk1), der Wirtschaftswissenschaftler Werner Vontobel sowie Hans E. Widmer, als P. M. Verfasser von *bolo'bolo* – des vom Verein Neustart Schweiz herausgegebenen Buchs möchte für die Ideen des Vereins (neustartschweiz.ch) werben und dem Publikum die Vision einer aus sogenannten Nachbarschaften bestehenden Welt schmackhaft machen. Darunter werden genossenschaftliche Wohnprojekte gefasst, in denen die Bedürfnisse des täglichen Lebens gemeinschaftlich organisiert und bewältigt werden, was zu einem ökologischen und lebensqualitativen Mehrwert für alle führt. Es ist also durchaus denkbar, dass sich eine geneigte Leser*innenschaft (urbane umweltbewusste Linksalternative) für diesen «konkreten Vorschlag [...], wie ein enkeltauglicher, gediegener Lebensstil für alle Menschen möglich ist» (S. 9), begeistern wird.

Nachdem mit der Vorstellung des Konzepts der Nachbarschaften der Appetit geweckt ist, werden zuerst Elinor Ostroms Theorie der «Commons» zusammengefasst, welche die Grundlage für die wirtschaftliche Struktur der Nachbarschafts-Welt bildet, und verschiedene Ansätze für eine ökologische Wende besprochen. Im hinteren Teil des Buches werden neben einem Nachwort und einem Glossar konkrete Projekte vorgestellt und im Anhang wird ein detaillierter und informativer Überblick über die Daten und Berechnungen zu Modellnachbarschaften, Arbeitsaufwänden und Lebensmittelproduktion geboten. Er kann als Grundlage für ähnliche Projekte verwendet werden und belegt, wie viel Zeit, Energie und Know-how die Autor*innen in die Ausarbeitung dieser Idee gesteckt haben.

Die Anknüpfung an in der Gegenwart real existierende Projekte wie Genossenschaften, Vertragslandwirtschaftsprojekte und Komplementärwährungen – auch wenn diese nicht an das auf maximale Nachhaltigkeit ausgerichtete Modell der Nachbarschaften heranreichen – schafft eine Erdung für die Vision in diesem Buch: Hier wird deutlich, dass es möglich und lohnenswert ist, wenigstens in bestimmten Bereichen dauerhafte Sphären der Wertschöpfung jenseits der kapitalistischen Profitmaximierungslogik zu etablieren.

Im globalen Massstab fügen sich die

kleinsten Commons-Module (die Nachbarschaften) logisch in das grösste («Planet»), während dazwischen die Nationalstaaten zugunsten von «Territorien» – als «Gegengift gegen nationalistische Auswüchse» (S. 49) – aufgelöst worden sind. In diesem Ansatz von fast schwindelerregender Radikalität drängt sich auf den zweiten Blick die Frage auf, was denn aber genau anders ist in dieser neuen Welt: So werden scheinbar weiterhin Waffen produziert, «fossile Stoffe» abgebaut (S. 66f.) und Kampfpilotinnen beschäftigt (S. 120). Während über Einrichtungs- und Menüfragen Konsens zu bestehen scheint, verflüchtigt sich ausserhalb des nachbarschaftlichen Quartiers die Konkretheit dieses «Vorschlags» also bald. Die auf der Website des Vereins betonten «unterschiedlichen Vorstellungen», was die Umsetzung ihrer Ziele betrifft, treten hervor, werden aber unter der Kollektivautor*innenschaft nicht kenntlich gemacht: Hier wäre für die Leserin eine Bündelung verschiedener Varianten oder Ansichten hilfreich gewesen. Etwa wenn technoprogressiv das Internet als Mittel eines auf Transparenz, Demokratie und Partizipation beruhenden Zusammenlebens propagiert wird, während im «ökologisch enkeltauglichen Konsummuster» (S. 78) die wöchentliche Internetnutzung pro Person auf drei Stunden begrenzt wird.

Der Hauptkritikpunkt, der sich bei der Lektüre aufdrängt, betrifft aber das Politische dieser Utopie: Die Vorstellung eines auf Kooperation statt Konkurrenz beruhenden Zusammenlebens, das Ressourcen schont und über den Aspekt des Gemeinsamen gleichzeitig einen Gewinn für jede*n Einzelne*n darstellt, ist in ihrer Einfachheit bestechend. Umso bedauernswerter ist es, dass dabei immer wieder Argumente aus der Evolutionsbiologie und Verweise auf die grössere Entsprechung dieser Ansätze für «die menschliche Natur» (S. 54) bemüht werden. Problematisch an dieser «Natürlichkeits»-Rhetorik ist nicht nur, dass frau sich hier bald in einer ultrakonservativen und reaktionären Ecke wiederfindet. Vor allem ist dies keine politische Argumentation. Wenn nicht davon ausgegangen werden kann, dass sich Subjekte aufgrund ihres kritischen Denkvermögens zu einer emanzipatorischen politischen Handlung entschliessen, dann werden wir uns an unseren Big Macs die Zähne ausbeissen: Visionen haben in diesem biologisch vorgespurten Dasein keinen Platz. Leider haut auch die externe Autorin Silke Helferich in ihrem Nachwort in diese Kerbe: Sie hofft auf «Meme», welche «die DNA der Kultur» seien, kulturelle Einheiten, die «sich selbst reproduzieren», bis vielleicht irgendwann «unerwartet» etwas passiere (S. 126f.).

Die Autor*innen befinden sich also mitten in der postmarxistischen Richtungssuche. So betonen sie vorerst, dass es «keinen Kollaps» – d. h. keine Revolution – brauche, um das marktwirtschaftliche System hinter sich zu lassen. «Wir machen einfach das nächste Beste» (S. 63), d. h. Nachbarschaften gründen, und schon sind wir im «Commonismus». Ob das tatsächlich klappt? Daran zweifeln nicht zuletzt die Verfasser*innen selber. Sie bilanzieren kritisch, dass wahrscheinlich «lokale Initiativen nicht genügen werden, um einen Umbau Richtung Commons umzusetzen» (S. 107). Aber, «was soll man sonst tun?» (S. 108).

So bleibt nur der Rückzug in den sozialen Nahraum, wo eine Veränderung

möglich scheint. Zwar ist lobenswert, wie die Autor*innen den Begriff der «Dichte» positiv für sich reklamieren und Urbanität über die räumliche Nähe, von allem, was frau braucht, definieren. Doch wenn gleich darauf die «Verödung von Innenstädten» (S. 28) beklagt, dies auf den «Immobilienkapitalismus», der die Städte «unwirtlich» und «ungesund» mache, zurückgeführt und geschlussfolgert wird: «Die Städte müssen wieder attraktiv werden» (S. 38), dann fühlt sich die Leserin per Zeitreise direkt in die Siebzigerjahre versetzt: In der Zwischenzeit hat der «Immobilienkapitalismus» längst bemerkt, wie gut sich die «lebendige», «gesunde», «vielfältige» Stadt verkaufen lässt.

So wird es *Nach Hause kommen* kaum gelingen, eine integrative Kraft zu entwickeln, welche über die eigene lebensweltliche Community hinausreicht. In einer Art Epilog wird die Leserin durch eine als Grand Hotel imaginierte Nachbarschaft geführt. Wenn sie auf dieser Tour den «400 Franken teuren Single Malt» schlürfenden Autor*innen in «Shetlandpullis» begegnet, fragt sie sich unweigerlich, ob sie nicht versehentlich in Georg Lukács' «Grand Hotel Abgrund» gelandet ist.

Nadine Zberg

Moritz Rinn: **Konflikte um die Stadt für alle.** Das Machtfeld der Stadtentwicklungspolitik in Hamburg. Westfälisches Dampfboot, Münster 2016 (409 S.)

Urbane Konflikte sind nicht als Reaktion auf – oder als Effekt der – Stadtentwicklung zu verstehen, sie sind selbst konstitutiv für die Transformation der Stadt und der Gesellschaft. Auch die «Stadt für alle» wird eine antagonistische Stadt sein. Moritz Rinns Buch versucht deswegen, die konflikthaften stadtmachenden Praktiken besser zu verstehen. Er untersucht hierfür die Entstehungsprozesse zweier Stadtentwicklungsprojekte in Hamburg: Zum einen die Neugestaltung des Areals der Alten Rindermarkthalle im Stadtteil St. Pauli, wo der Bau einer grossen Konzerthalle verhindert wurde; zum anderen die Planung der Nachverdichtung des zentralen Quartiers Mitte Altona. Mit einer genealogischen Perspektive räumt Rinn der Geschichte der Hamburger Stadtentwicklungskonflikte viel Platz ein. Als Blickwinkel wird die Bewegungsgeschichte der Hamburger Besetzer*innen gewählt. Aus den Fenstern selbstverwalteter Häuser schaut Moritz Rinn auf die Stadtpolitik hinaus, eine Suche nach historischen Wissensbeständen über Kämpfe und den daraus gewachsenen Selbstverständnissen der Akteur*innen, welche die aktuellen städtischen Konflikte erst ermöglichen.

Der historische Zugang wird in Erzählstränge verwoben, die stärker thematisch als chronologisch organisiert sind. Durch ein Dickicht an Beispielen von Beteiligungsverfahren, sozialpolitischen Strategiepapieren, Abriss, Renovierung und Neubau leitet ihn stets die Frage: Wie nahmen sich emanzipatorische Kämpfe (Möglichkeits-)Räume? Im Kontext globaler wirtschaftspolitischer Veränderungen wird die Entstehung von Hamburgs lokalpatriotischer Corporate Identity analysiert, die seit der 1983 vom damaligen Bürgermeister gehaltenen Rede zum «Unternehmen Hamburg» aufgebaut wird. Gleichzeitig werden die Verstrickungen mit den heute noch be-

stehenden Besetzungen der 1980er-Jahre, der Hafenstrasse sowie der Roten Flora, herausgearbeitet. Wenn Moritz Rinn hier aufgehört hätte zu schreiben, wäre sein Buch schon ein wesentlicher Beitrag zur Geschichtsschreibung städtischer Transformationen der vergangenen fünfzig Jahre.

Doch gibt es eine zentrale Frage, die sich auch durch den Rest des 409 Seiten dicken Buches zieht: In welcher Stadt wollen wir eigentlich in Zukunft zusammen leben? Dass die Wahl des Untersuchungsortes, an dem dieser Frage nachgegangen wird, auf Hamburg fiel, ist kein Zufall. Die Anziehungskraft, die Hamburg seit der Gründung der lokalen Recht-auf-Stadt-Bewegung 2009 ausstrahlt, brachte Moritz Rinn nicht nur auf sein geografisches Forschungsfeld, sondern auch auf den Fokus seiner Analyse. Denn in Hamburg verdichten sich die Konfliktdynamiken um eine «Stadt für alle» seither in einer stadtpolitischen Protestwelle. Rinn interessiert sich dafür, wie sich kollektive Akteur*innen konstituieren und wie sie sich innerhalb der Konfliktfelder positionieren. Der Versuch, relationale Akteur*innenanalysen nach Bob Jessop mit queer-feministischen Ansätzen zur Performativität materialisierter Diskurse nach Judith Butler zu verknüpfen, ist hierfür sicherlich nicht das einfachste, jedenfalls aber ein aufschlussreiches Werkzeug. Es ist *ein* möglicher Weg, mit dem sozialwissenschaftlichen Kräfteziehen zwischen Struktur und Handlung umzugehen. Der Ansatz ist besonders fruchtbar, um Stadtentwicklungskonflikte zu untersuchen. Einerseits werden die oft als antagonistisch angenommenen Positionen einer Stadtpolitik «von unten» und «von oben» in ihren Handlungslogiken verwoben. Andererseits wird damit deutlich, dass Praktiken und Wissensbestände von Konflikten um die Veränderung des – oft als passive Struktur gefassten – Stadtraumes diesen erst produzieren. Die Verhinderung einer grossen kommerziellen Musikhalle in St. Pauli wird Teil des kollektiven, lokalen Wissens, welches derzeit im Konflikt über die Aufstockung des benachbarten Feldstrassenbunkers wieder aktiv und praktisch wird.

Die Frage bleibt also in Bewegung: Was für eine Stadt ist diese «Stadt für alle?» Ohne sich in einer Antwort zu versuchen, werden die Argumentationsstränge und Selbstverständnisse der stadtpolitischen Akteur*innen herausgearbeitet. Die Versuche, Stadt zu produzieren, haben dabei oft unterschiedliche normative Ziele: eine «funktionale» Stadt steht hierbei beispielsweise einer «parteilich-egalitären» gegenüber, aber auch die «attraktive» Stadt wird gegen die «sichere» Stadt aufgewogen. Alle wollen scheinbar eine *gute* Stadt, jedoch bleiben Aushandlungen darüber umkämpft, wie eine solch normativ gute Stadt aussehen soll und was uns dieser näher bringt. Die Stadt ist dabei nicht nur Konfliktraum, sondern auch das Thema, anhand dessen gesamtgesellschaftliche Interessen verhandelt werden: «Aber vielleicht ist der Streit scheinbar nur um Nuancen und Mischungsverhältnisse der guten Stadt doch ein Streit ums ‹Ganze›.» (S. 335) Dies ist der Konflikt, in dem sich der Autor verortet und dem er nicht nur seine Dissertation gewidmet hat, sondern auch seine politische Praxis. Damit wird dieses Buch auch zu einem lehrreichen Beitrag zum Verhältnis von akademischer Arbeit und Bewegung. Moritz Rinn trennte seine

Fallstudien zumindest räumlich vom eigenen Aktivismus in einer stadtpolitischen Gruppe in Wilhelmsburg, das auf der anderen Seite der Elbe liegt. Auch in seiner Analyse hält er eine gewisse Distanz zu bewegungsinternen Dynamiken. Vielmehr scheint es ihm darum zu gehen, Wissen über Konflikte zu generieren, also den Prozessen zwischen den beteiligten Akteur*innen Raum zu geben.

Die Verankerung der Analyse in Hamburg setzt Grenzen in Bezug auf Vergleichbarkeit und Verallgemeinerung. Gleichzeitig verlangt die gewählte Methode nach einer historischen Aufbereitung sowie einer intensiven Auseinandersetzung mit den Fallbeispielen: Denn Konflikte sind für Rinn nicht bloss Momente, sondern ein dauerhafter Zustand, der durch die historische Veränderung der Beziehungen zwischen den Konfliktteilnehmer*innen entsteht. So wurden etwa im Zuge der Proteste gegen die Räumung des unweit der Alten Rindermarkthalle gelegenen Wagenplatzes Bambule Teile der Bahnanlagen besetzt, die im heutigen Entwicklungsgebiet Mitte Altona liegen. Diese Geschichten sind in die heutige Stadtentwicklungspolitik eingeschrieben und werden in den laufenden Konflikten wieder aktiv.

Der genealogische Zugang bringt Flugblätter, strategische Programme und politische Leitbilder, Medienberichte, akademische Publikationen sowie Dokumentarfilme und deren Rezeption gleichrangig ins Gespräch. In den Fallstudien kommen Interviews und andere Ausschnitte aus der intensiven ethnografischen Forschung hinzu. Wohl durch diesen Versuch, die Quellen gleichberechtigt zu behandeln, können die bisherige Geschichtsschreibung und Stadtplanungshistorie sowie die spezifischen Archive der Bewegungsgeschichte in Hamburg neu beleuchtet werden. Dabei zeichnet Rinn deutlich nach, wie die Entstehung des lokalen Recht-auf-Stadt-Netzwerkes das Machtgefüge in der Stadtentwicklung verschoben hat. Das Buch zeigt eine Lesart von Konflikten um die Stadt auf, in der Destabilisierungen und Verschiebungen im Machtgefüge zentral werden. Dieser Blick durch die Fenster der emanzipatorischen Kämpfe, auf die alltäglichen Konflikte und Akteur*innen der Produktion von Stadt betont das Transformative und die Gestaltungsräume und schafft damit ein Möglichkeitswissen einer zukünftigen Stadt für alle.

Nina Fraeser

Ferdi de Ville/Gabriel Siles-Brügge: **TTIP.** Wie das Handelsabkommen den Welthandel verändert und die Politik entmachtet. Transcript Verlag, Bielefeld 2016 (192 S.)

In ihrem Buch *TTIP. Wie das Handelsabkommen den Welthandel verändert und die Politik entmachtet* beleuchten die zwei Politologen Ferdi de Ville und Gabriel Siles-Brügge die Argumente von BefürworterInnen und KritikerInnen des geplanten Abkommens und versuchen, nach eigenen Angaben, die Polemik zu vermeiden, die die Verhandlungen des transatlantischen Handelsabkommens zwischen der EU und der USA bisher begleitet. Im englischen Originaltitel *The Truth about the Transatlantic Trade and Investment Partnership* kommt dieser Anspruch, sich nicht in der bis anhin laufenden Debatte zu positionieren, noch deutlicher zur Geltung. Auf den ersten

Seiten des Buches distanzieren sich die Autoren sowohl von den TTIP-FürsprecherInnen wie von KritikerInnen: «Während diese Debatte extrem polarisiert ist, behaupten wir, dass keine dieser krassen Vorhersagen nach diesem Abkommen in Erfüllung gehen wird. Einerseits konzentriert sich die Debatte zu sehr auf ‹Horrorgeschichten› und zu wenig auf die ökonomischen, geopolitischen und regulatorischen Auswirkungen von TTIP. Allerdings warten wir auch bislang vergeblich darauf, dass die TTIP-Befürworter klare, überzeugende Argumente vorbringen, *wie* dieses Abkommen zu den prophezeiten ökonomischen und geopolitischen Gewinnen führen wird, die sie beharrlich proklamieren.» (S. 15f.)

Im ersten Kapitel zeigen die Autoren detailliert, dass die Voraussagen der BefürworterInnen höchst unwahrscheinlich sind. Deren Hauptargument ist, dass das Abkommen einen gewaltigen Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung leisten werde und praktisch als Ausweg aus der Wirtschaftskrise zu verstehen sei. Die massgeblichste, von der EU-Kommission in Auftrag gegebene Studie sagt einen jährlichen BIP-Zuwachs für die EU in der Höhe von 0,48 Prozent bzw. 119 Milliarden Euro und für die USA von 0,39 Prozent bzw. 95 Milliarden Euro voraus. Die Autoren zeigen auf, dass die in der Studie verwendeten Modelle nicht nur dazu dienen, die Vorteile von TTIP zu übertreiben, sondern auch, um die potenziellen Sozialkosten gezielt herunterzuspielen. Sie kritisieren, dass unrealistische Annahmen über das Ausmass gemacht werden, in dem TTIP Handelshemmnisse zu beseitigen vermag.

Auch das zweite Hauptargument der TTIP-BefürworterInnen bewerten sie als kaum haltbar. Dieses behauptet, das Abkommen ermögliche es beiden Parteien, auch in Zukunft die Standards für die globale Wirtschaft im 21. Jahrhundert zu setzen – und damit auch angesichts des Aufstiegs der Schwellenländer weiterhin ökonomische Macht auszuüben. Die ehemalige US-Aussenministerin Hillary Clinton und NATO-Generalsekretär Fogh Rasmussen bezeichneten das TTIP gar als «Wirtschafts-NATO». Die Logik hinter diesem Argument ist, dass die EU und die USA nur durch ein Zusammenhalten verhindern können, in die ökonomische und geopolitische Bedeutungslosigkeit abzugleiten. Wenn nicht die EU und die USA Standards festsetzten, würde dies in ein paar Jahren China tun – und Sozial- und Umweltschutz hätten gar kein Gewicht mehr. Wie die Autoren darlegen, ist es kaum realistisch, dass eine Harmonisierung von Standards etwa bei Produktionsvorschriften, KonsumentInnenschutz, Umweltauflagen oder Sicherheitsnormen erreicht wird. Vielmehr deutet alles darauf hin, dass es zu einer gegenseitigen Anerkennung der bestehenden Standards in den USA und der EU kommen soll. Produzenten aus Drittländern würden sich deshalb wohl einfach an den kostengünstigsten Standard halten und den Zugang zu beiden Märkten geniessen.

Worum geht es dann bei TTIP? Hauptargument im Buch ist – und hier beginnt der interessanteste Teil –, dass das Handelsabkommen zu einem Bürokratieabbau im Interesse von Grossunternehmen führen soll. «TTIP sollte als ein Versuch betrachtet werden, den Markt noch stärker vor politischer Einmischung zu schützen.» (S. 67) Zentral ist das Umdefinieren von Regulierungen zu Handelshemmnissen oder Staatsbürokratie,

oder in anderen Worten: die diskursive Diskreditierung von Umweltschutz und Sozialpolitik im Namen des freien Marktes. BefürworterInnen des Abkommens behaupten zwar, dass es zu keiner Senkung von Standards kommen werde. Dies bezeichnen die Autoren zwar nicht als bewusste Täuschung, wohl aber als Verschleierung der Wirklichkeit: «[...] das Abkommen könnte dennoch die Regulierung auf *indirekte* Weise beeinflussen, indem es eine *abschreckende* Wirkung (‹regulatory chill›) für gegenwärtige und künftige Schutzniveaus hat.» (S. 78) Dass dieser Einfluss schon während der laufenden Verhandlungen für TTIP und CETA (das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada) wirksam ist, zeigte sich, als die EU-Kommission entschied, Teersande in der Biokraftstoffrichtlinie der EU nicht als «schmutzig» zu bezeichnen. Diesem Entscheid ging Lobbyarbeit der US-amerikanischen und kanadischen Industrie bei ihren Regierungen voraus, was unter anderem dazu führte, dass die kanadische Regierung drohte, die CETA-Verhandlungen zu blockieren, wenn die EU Teersandöle nicht aus der Liste schmutziger Kraftstoffe streiche. Die Autoren sprechen von einer umfassenden Entpolitisierung von Regulierungspolitik – diese wird vielmehr ökonomisiert, sprich, regulierungspolitische Entscheidungen werden zunehmend in Bezug auf Marktverzerrungen u. ä. formuliert statt in Bezug auf gesellschaftliche Notwendigkeit oder schädliche Auswirkungen. Auch der Investorenschutz ISDS, der es Konzernen erlaubt, Staaten vor Gericht zu ziehen, entspricht laut den Autoren dieser Tendenz, die Politik aus der Regulierung herauszuhalten: Auch wenn eine Reihe von Reformen, wie etwa das von der EU-Kommission vorgeschlagene öffentliche Schiedsverfahren, zum Tragen kommen sollten, würde ISDS hohe Prozesskosten und einen reduzierten politischen Spielraum verursachen. Ebenso würden ausländischen Investoren mehr Rechte eingeräumt.

Gleichzeitig stellen die Autoren fest, dass dank der zivilgesellschaftlichen Mobilisierung rund um das Handelsabkommen eine Repolitisierung der Handelspolitik stattfindet: TTIP wird von KritikerInnen mit Verweis auf den Investorenschutz, drohenden umwelt- und sozialpolitischen Wettlauf nach unten und Mangel an Transparenz als Bedrohung wahrgenommen. Dies bringt umgekehrt die EU-Kommission in die Defensive, da sie wertbasierte Kritik nicht als protektionistisch diskreditieren kann.

Die Autoren skizzieren schliesslich drei Szenarien für TTIP: Erstens käme ein Scheitern infrage – bei diesem Punkt ist das Buch hochaktuell, nimmt es doch die derzeitige Verhandlungskrise vorweg. Dieses Szenario würde zwar einen taktischen Sieg für die GegnerInnen darstellen, aber kaum einen strategischen, da das globale Handelssystem mit all seinen Mängeln bestehen bliebe. Zweitens könnte TTIP erfolgreich abgeschlossen und ratifiziert werden, weil die VerhandlungsführerInnen einige Kompromisse bei heiklen Themen eingehen würden, während sie zugleich an den Hauptelementen festhielten. Dabei käme es zu einem Handelsabkommen mit vielen potenziell negativen Effekten für die im Buch besprochene Entpolitisierung von Regulierungspolitik. Die Autoren sehen schliesslich als drittes, aber unwahrscheinlichstes Szenario, dass die Lobbyarbeit von NGOs die Ver-

handlungen so verändern könnte, dass eine Harmonisierung von Standards nach oben entstünde und die Handelspolitik ein Instrument würde, um andere politische Ziele (etwa im Kampf gegen Klimawandel oder Steuerflucht) zu erreichen. Dafür wäre allerdings auch in den USA eine grössere Aufmerksamkeit und Mobilisierung notwendig und NGOs auf beiden Seiten des Atlantiks müssten stärker zusammenarbeiten. Denn bisher ist die Kritik stark auf Europa konzentriert. Das Buch, das zuerst auf Englisch erschien, soll zur Ausdehnung der Kritik auf die USA einen Beitrag leisten.

Yvonne Zimmermann

Attac! (Hg.), **Konzernmacht brechen!** Von der Herrschaft des Kapitals zum Guten Leben für Alle. Mandelbaum kritik & utopie, Wien 2016 (279 S.)

Transnationale Unternehmen, sogenannte Multis, sind oft mächtiger als Staaten. Ein wichtiger Grund dafür liegt in ihrer wirtschaftlichen Überlegenheit: Unter den hundert grössten Ökonomien der Welt befinden sich 41 private Konzerne. Die Jahresumsätze von Walmart, Royal Dutch Shell oder Sinopec-China Petroleum übertreffen in dieser Rangliste das Bruttoinlandprodukt von Ländern wie Österreich, Südafrika oder Malaysia. Vor allem aber haben internationale Konzerne in den letzten dreissig Jahren, parallel zum wirtschaftlichen Wachstum, ihre Macht auch auf rechtlicher und politischer Ebene ausgebaut. Das gefährdet die Demokratie und das Selbstbestimmungsrecht der Menschen.

Wir leben heute in einer Welt, dies die Diagnose des AutorInnenkollektivs von Attac, «die nach den Bedürfnissen der grössten transnationalen Unternehmen ausgerichtet ist; einer Welt, die vor allem den Profitinteressen einer verschwindend kleinen Elite dient; einer Welt, die massive globale Ungleichheiten und ökologische Desaster hervorbringt.» (S. 7f.) Diese Entwicklung sei, zumindest im deutschen Sprachraum, noch viel zu wenig erforscht. Ein Verdienst von Attac ist denn auch die Übersetzung einer Reihe von beachtenswerten Aufsätzen aus dem Englischen, die mit *Konzernmacht brechen!* einem breiteren deutschsprachigen Publikum zugänglich werden. Die für das Buch aktualisierten Beiträge – die meisten Originalversionen stammen von 2014 – zeigen ein immer gleiches Muster. Egal, ob es um die Ernährung der Menschen geht, die Regulierung von Finanzgeschäften oder um Klimapolitik: Kernpunkt der Problematik ist und bleibt, so das Fazit der AutorInnen, dass die Herrschaft des Geldes das Primat der Politik – die Autorität und Wirkungsmacht von demokratisch legitimierten Regierungen – untergräbt und aushebelt. Weltweit zieht eine kleine Elite von Personen aus Wirtschaft, Justiz und Politik, die untereinander eng vernetzt und verfilzt sind, die Fäden. Die Errungenschaften der Aufklärung, schreibt die französisch-amerikanische Politikwissenschaftlerin Susan George in ihrem Beitrag über den rasanten Anstieg der Macht der Konzerne, würden durch die Machenschaften dieser Eliten zurückgedrängt und bedroht: «Heute steht dem Modell der Aufklärung eine neue Ideologie des Egoismus und der Brutalität gegenüber, das neoliberale Modell.» (S. 29) Dieses schade fast allen – ausser den extrem Reichen. Die Maximierung des

Shareholder-Value, heute zuoberst auf der Agenda von Grossunternehmen, stehe in krassem Widerspruch zur ursprünglichen Zielsetzung, gesunde Betriebe aufzubauen, die nachhaltig wirtschaften und in die Gesellschaft eingebettet sind.

Aktuell dominieren ganz andere Dynamiken die Entwicklung auf nationaler wie auf internationaler Ebene. Die Macht der Konzerne basiert weder auf gesellschaftlichen Vereinbarungen noch auf demokratischer Legitimation, sondern auf ihrer immensen Kapitalausstattung. Diese setzen sie gezielt ein, um ihre Interessen durchzusetzen. Der von den Multis aggressiv betriebene Lobbyismus und, damit verknüpft, die PR-Branche sind seit dem Zweiten Weltkrieg rasant gewachsen. In Brüssel zum Beispiel mischen sich auf EU-Ebene mehr als 1700 LobbyistInnen in 700 Einrichtungen im Interesse des Finanzsektors ein. Auch auf nationaler Ebene prägt der Einfluss dieser teuer bezahlten, intransparenten VasallInnen der Wirtschaftsinteressen die öffentliche Meinung und die Politik. Ihre Methoden werden immer raffinierter und reichen von der Infiltration der Wissenschaft bis zur Gründung «künstlicher Basis- oder BürgerInnengruppen», wie Susan George anhand verschiedener Beispiele aufzeigt (S. 35). Beliebte Mittel sind dabei Angst- und Panikmache, wie beispielsweise das Argument: «Dieses Gesetz wird die Kosten für Unternehmen erhöhen und zu höheren Preisen und/oder Arbeitslosigkeit führen.» Die Wirkung dieser Drohung bleibt selten aus.

Der Soziologe Manolis Kalaitzake zeigt in seinem Beitrag «Politik im Würgegriff der Finanzmärkte», weshalb die Politik nach der Finanzkrise von 2008 ihre Versprechen, den Finanzsektor zu regulieren, nicht eingehalten hat. So wird etwa die von der EU geplante Finanztransaktionssteuer bis heute erfolgreich hintertrieben. Ein wichtiger Faktor für das Gelingen dieser Taktik ist der sogenannte Drehtür-Effekt: Der hochkomplexe Finanzbereich erfordert spezifisches Know-how. Regulierungsbehörden holen deshalb Fachleute aus der Privatwirtschaft, die früher oder später wieder dorthin zurückkehren. Zudem bieten Interessenvertretungen des Finanzsektors den Aufsichtsbehörden ihre Unterstützung für die Ausarbeitung von Gesetzesvorhaben an. Niemand wird sich darüber wundern, dass diese entsprechend wirtschaftsfreundlich ausfallen.

Einen Schritt weiter geht der European Round Table of Industrialists (ERT), wie der kanadische Autor Andrew Gavin Marshall eindrücklich beschreibt. Der Zusammenschluss von fünfzig CEOs und Vorstandsvorsitzenden europäischer Konzerne ist mit anderen Eliteorganisationen, wie der Bilderberg-Gruppe, dem Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos oder der vom US-amerikanischen Banker David Rockefeller gegründeten Trilateralen Kommission, bestens vernetzt. Diese publizierte bereits 1975 einen Bericht über die «Krise der Demokratie». Dieser kam zum Schluss, ein «Übermass an Demokratie» in der industriellen Welt bringe zu viele handlungsorientierte, mündige und aktivierte Bevölkerungsschichten hervor, was die Interessen der Unternehmen gefährde. Als Lösung schlägt er – aus demokratisch-aufklärerischer Sicht purer Zynismus – eine Steigerung von Apathie, Politikmüdigkeit und Nichtbeteiligung von Einzelnen und Gruppen vor.

Eine Sichtweise, die laut Marshall von den Mitgliedern des ERT auch heute noch geteilt wird. Die im Februar 2010 lancierte Studie «Die Vision des ERT für ein wettbewerbsfähiges Europa im Jahr 2025» forderte Reformen und Privatisierungen, namentlich bei Sozialversicherungs- und Pensionssystemen sowie im Gesundheitssektor. Ihre Umsetzung zielt auf einen massiven Abbau der europäischen Wohlfahrtssysteme. Ein Prozess, der bereits in vollem Gange ist, zumal die Politik – respektive die EU-Kommission – mit einem eigenen Bericht nachdoppelte, der in weiten Teilen mit der ERT-Studie identisch ist. Die beiden Publikationen lieferten zudem die Basis für die desaströse Austeritätspolitik der EU, deren Durchsetzung die ERT-Mitglieder bei europäischen SpitzenpolitikerInnen hartnäckig einforderten. In einem Artikel in der *Financial Times* stellt der US-amerikanische Publizist Roger Altman denn auch klar, dass «Märkte die Krise der Eurozone auslösten und nicht PolitikerInnen». In der Tat seien, so Altman, «die Märkte des 21. Jahrhunderts sehr viel mächtiger als jedes Staatsoberhaupt».

Ein Instrument, das dazu beiträgt, die Herrschaftsgewalt der Staaten zu brechen und der Privatwirtschaft mehr Gewicht zu verleihen, ist der sogenannte Stakeholder-Ansatz. Danach werden Gesetze und Regeln von Interessenvertretern aus Wirtschaft, Politik und der sogenannten Zivilgesellschaft gemeinsam ausgehandelt. Insbesondere für die Regelung von globalen Angelegenheiten sei dies höchst problematisch, schreibt der Sozialwissenschaftler David Sogge und fragt: «Welche Stakeholder sollen eingeladen werden auf der Basis welcher Berechtigung? Wer soll Zugang zu welchen Beschlüssen bekommen, nach welchen Kriterien soll dies geschehen und durch welchen Prozess ratifiziert werden?» (S. 56)

Eine klare Antwort auf solche Fragen liefert die Stossrichtung der transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP und CETA. Ausgehandelt wurden bzw. werden die Verträge unter höchster Geheimhaltung, obschon das EU-Recht eigentlich vorschreibt, «dass das Europäische Parlament in jeder Verhandlungsphase von internationalen Abkommen unter Anwendungen der vollen Transparenz angemessen informiert wird» (S. 168). Vorgesehen sind zahlreiche Bestimmungen, die alle darauf zielen, bestehende Gesetze und Regelungen zum Schutz von Menschenrechten, Umwelt oder Qualitätsstandards zugunsten der transnationalen Konzerne aufzuweichen. Zusammenfassend stellt Juan Hernández Zubizarreta in seinem Beitrag «Der Rechtsstaat im Griff der Konzerne» fest: «Zusammenfassend bildet TTIP einen wesentlichen Teil des rechtlich-politischen Rahmens der Konzernmacht, die sich juristischer Verfahren bedient, um die eigenen Interessen durchzusetzen und den Schutz der Menschenrechte zunehmend verunmöglicht. [sic]» (S. 173)

Die Analyse im Attac-Buch ist glasklar. Eindrücklich zeigt es anhand zahlreicher Beispiele die Gründe für die wachsende Macht der Konzerne auf. Die Antworten auf die Frage, wie diese zu brechen sei, kommt dabei leider etwas zu kurz – und fällt weniger überzeugend aus. Der Entdemokratisierung der Politik durch privatwirtschaftliche Konzerne entgegenzutreten, sei schwierig, räumen die AutorInnen von Attac ein. Exemplarisch für den Kampf gegen die

Übermacht der Multis stellen sie die internationale Bauernbewegung La Via Campesina vor, die weltweit gegen das kapitalistisch-industrielle Agrar- und Ernährungssystem kämpft und diesem unter dem Stichwort Ernährungssouveränität eine kleinbäuerliche Landwirtschaft mit geschlossenen Kreisläufen gegenüberstellt. Ihr Fazit: «Das Potenzial zur sozial-ökologischen Transformation hin zu einem Guten Leben für Alle – inklusive gutem Essen für alle – kommt vielmehr ‹von unten› wie es *La Via Campesina* und die *Nyéléni* Bewegung für Ernährungssouveränität vorleben.» (S. 158) Die Macht der Konzerne zu brechen, so Attac, bedeute nichts weniger, als die kapitalistische Wirtschaftsweise durch eine andere zu ersetzen, «in deren Zentrum Menschenrechte, Demokratie und ein Gutes Leben für Alle stehen» (S. 248).

Gabriela Neuhaus

Étienne Balibar: **Europa: Krise und Ende?** Ins Deutsche übersetzt von Frieder Otto Wolf. Westfälisches Dampfboot, Münster 2016 (270 S.)

Letztes Jahr waren wir mit der Unterwerfung Griechenlands unter eine rabiate EU-Austeritätspolitik und einer Flüchtlings- und Migrationsbewegung konfrontiert, die die europaweite Solidarität zerbrechen liess. Jetzt droht der Brexit, der Austritt Grossbritanniens aus der EU. Auch der Flüchtlingsdeal mit dem türkischen Autokraten Recep Tayyip Erdogan entfaltet seine schreckliche Dialektik. Von den Schweizer Eiertänzen in Europa zu schweigen. Die Krise der EU ist unstrittig, die Konstruktionsmängel sind unübersehbar, die Politik hat teilweise verheerende Auswirkungen. Da wirkt der Titel von Étienne Balibars neustem Buch schon beinahe optimistisch, indem er ein mögliches Ende mit Schrecken noch mit einem Fragezeichen versieht: *Europa: Krise und Ende?*

Tatsächlich wird in einem Teil der linken Öffentlichkeit die Neugründung Europas beziehungsweise der EU als Hoffnungswort gehandelt. Wer den europäischen Zusammenschluss nicht grundsätzlich ablehnt und nicht einem Zustand vor der Gründung der EU nachträumen will, versucht mit diesem Schlagwort an einer radikalen Position festzuhalten.

Auch Étienne Balibar spricht davon, «Europa wieder aufzubauen» (S. 98), von einer «Wiederbelebung» (S. 130) und von einer «Neugründung» – und zwar auf zumindest teilweise neuen Grundlagen (S. 184). Der 1942 geborene französische Philosoph war einst ein Mitstreiter von Louis Althusser bei der Erneuerung eines erstarrten Marxismus und beschäftigt sich seit rund dreissig Jahren mit Nationalismus und Rassismus, mit Grenzen und Ausgrenzungen. Schon früh hat er als Gegenkonzept eine transnationale StaatsbürgerInnenschaft skizziert und über die Werte einer erneuerten, erweiterten Demokratie nachgedacht, in der Freiheit und Gleichheit im Konzept der «Egaliberté», der «Gleichfreiheit», untrennbar verknüpft sind.

Die Finanzwirtschaftskrise 2008 und die Eurokrise ab 2010, schliesslich die griechische Tragödie im letzten Jahr haben Balibars Denken und Engagement fokussiert. Davon zeugt dieser Band. Er versammelt dreizehn zwischen Mai 2010 und Oktober 2015 entstandene Zeitschriftenartikel und nachträglich veröf-

fentlichte Vorträge. Bei gelegentlichen Wiederholungen bauen sie aufeinander auf und kulminieren in zehn Thesen «Für ein anderes Europa!».

Nun ist der Begriff Neugründung zweideutig, kann – tautologisch – eine neue, ursprüngliche Gründung bezeichnen, aber auch eine erneute, eine wiederholte Gründung. Das mythische Paradigma für Letzteres ist Rom als das «neue Troja»: Der geflüchtete Aeneas baut, bewegt und beschwert von der eigenen Geschichte, an einem anderen, fremden Ort eine neue Heimat auf.

Vertreibung und Flucht, Fremde und Heimat – verlorene, bedrohte und neu zu gewinnende – prägen auch die gegenwärtige europäische Krise. Für Balibar muss dieser Befund vertieft werden: Europa, die EuropäerInnen hätten geglaubt, sich Grenzen zu geben, «aber in Wirklichkeit hat [Europa] keine Grenzen, sondern ist vielmehr selber, als solches, eine komplexe Grenze»; es ist ein «Borderland», ein «pays-de-frontières», ein «Land aus Grenzen» (S. 121). Im europäischen Raum, der selber fliessend ist, überlagern sich Grenzen verschiedener Zugehörigkeiten und Zuständigkeiten, geografisch, politisch, ökonomisch, kulturell, und diese Grenzen verlagern sich zugleich ständig. Die daraus entspringenden Verunsicherungen verstärken nationalistische Haltungen, die doch nur als imaginäre gelebt werden können – was sie nicht weniger wirksam macht.

In solchen Überlegungen versucht Balibar die Vielfältigkeit der Erscheinungen begrifflich zu fassen, um diese Begriffe wiederum vielfältig in ihren Konsequenzen zu entfalten. In all diesen Texten wird Denken als Prozess vorgeführt. Fertige Antworten gibt es nicht. Dafür viele Fragen. Die mit differenzierten Argumenten erkundet werden. Und durch weitere Argumente vertieft werden.

Das gilt auch für scheinbar hinlänglich bekannte Themen, etwa wenn Balibar Rede und Realität der unterschiedlichen «Ströme» von Flüchtlingen, Arbeitskräften und Waren seziert. Oder wenn er die Zersetzung des sozialen Nationalstaats nicht bloss beklagt, sondern analysiert. Denn was sich mit dem Raum Europa als Ganzes vollzieht, sieht Balibar auch innerhalb der einzelnen Staaten am Werk. Durch neoliberale Politiken sind die Schutzfunktionen des sozialdemokratisch geprägten nationalen Sozialstaats abgebaut worden; die verschärfte Konkurrenz um dessen verknappte Ressourcen führt zur Ausgrenzung, zur Abstossung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen («Fremde», «Arbeitsscheue»). Dabei wird der Nationalstaat trotz seiner Aushöhlung zum vermeintlichen Refugium für die reduzierte Gemeinschaft, und der transnationale Staatsapparat wird, selbst dort, wo er Schutzfunktionen übernimmt wie bei der Europäischen Menschenrechtskonvention, zum scheinbar bedrohlichen Fremden.

Deshalb müsste laut Balibar die nationalistischen Reflexen zugrunde liegende «Identitätsunsicherheit» durch soziale Sicherheit für alle gekontert werden. Daraus folgen zwei – bereits wieder utopische – Minimalforderungen: die offizielle Erklärung eines humanitären Notstands für das gesamte EU-Territorium sowie die verbindliche Erklärung aller Mitgliedstaaten, «die Geflüchteten mit Würde und Billigkeit zu behandeln – und zwar nach Massgabe ihrer objektiv berechenbaren Möglichkeiten» (S. 129).

Yanis Varoufakis, kurzzeitig griechi-

scher Finanzminister, hatte seine Zustimmung zum Verbleib in der Eurozone damit begründet, dass andernfalls ein wirtschaftlicher und sozialer Kollaps zu einem neuen Faschismus führen könne. Das Aufkommen des Rechtspopulismus in zahlreichen europäischen Ländern erachtet auch Balibar als eine zentrale Bedrohung. Diese alarmierte politische Einschätzung macht eine differenzierte theoretische Analyse umso dringlicher. Der Fremdenhass darf laut Balibar nicht nur aufgrund sozioökonomischer Kriterien als Reaktion der «Globalisierungsverlierer» interpretiert werden. Auch kulturelle Faktoren müssen berücksichtigt werden. Diese wiederum lassen sich «keineswegs auf die Fragen der Religion oder der Nation reduzieren – so wichtig diese auch sind, wenn es zu begreifen gilt, wie sich kollektive Identifikationsprozesse vollziehen bzw. wie gegebenenfalls kollektive Identitäten gegeneinander aufgehetzt werden können. Es geht hier vielmehr sehr viel grundlegender um die Möglichkeiten von Erziehung, Information und Kommunikation, welche es überhaupt ermöglichen, soziale Antagonismen als solche zu ‹zivilisieren›.» (S. 259f.)

Dabei hält Balibar an einer Kritik in transnationaler Perspektive fest. Ein Ausstieg aus der Globalisierung ist für ihn nicht denkbar. Und ein Beharren auf der angeblichen Souveränität des Nationalstaats führt in die Sackgasse eines rechten wie eines linken «Souveränismus» (S. 245). Wobei unbestritten bleibt, dass die gegenwärtige Globalisierung für viele Menschen unhaltbar und unerträglich ist.

Was heisst also in dieser Situation Neugründung Europas? Balibar fordert neue Institutionen und eine durchgehende Demokratisierung, eine vergrösserte Handlungsfähigkeit auf mehreren Ebenen, national wie transnational. Die Demokratisierung des föderativen Staatsgebildes darf nicht mit einem Abbau nationaler oder regionaler Demokratie erkauft werden – eine auch für die Schweizer Linke wichtige Minimalforderung.

Als notwendige Massnahme erachtet er eine «Partei Europas», eine Partei des zukünftigen (europäischen) Volks, die die Aporien der Parteiform zu überwinden und zugleich die Stabilität für soziale Bewegungen zu garantieren versteht. Diese «Partei» sollte die autonomen nationalen und regionalen Kräfte für einen «Diskurs über Europa» (S. 251) gewinnen können, der die Bedeutung Europas für eine Demokratisierung globaler Prozesse anerkennt.

Etwas konkreter schlägt er neue Steuer- und Investitionspolitiken sowie eine Umwandlung der EU in eine Transferunion vor – nicht gerade originelle, doch unumgängliche Massnahmen im klassisch politisch «harten» Sinn. Zentral sind für ihn freilich, wie schon erwähnt, die «weichen», kulturellen Faktoren von «Erziehung, Information und Kommunikation» (S. 260). Das mag wie ein Gemeinplatz klingen, aber Balibars positive Vorstellungen werden deutlicher in der kritischen Abstossung, wenn er das französische Erziehungssystem mit dessen Elitismus und Ausgrenzungsmechanismen kritisiert oder wenn er detailliert zeigt, warum die Präsidentschaft von François Hollande als eine der «katastrophalsten der nationalen und kontinentalen Geschichte» (S. 257) gelten muss.

Gerade aus der scharfen Kritik erwachsen Kriterien für eine mögliche Alternative. Balibars Überlegungen kreisen um die Kritik und die Hoffnung als ihre beiden Pole. Diese Pole sind ungleichge-

wichtig ausgeführt und begründet. Aber Kritik ist ohne Hoffnung nicht zu haben – und Hoffnung nicht ohne Kritik.

Stefan Howald

Felix Syrovatka: **Die Reformpolitik Frankreichs in der Krise.** Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik vor dem Hintergrund europäischer Krisenbearbeitung. Springer VS, Wiesbaden 2016 (284 S.)

Mit *Die Reformpolitik Frankreichs in der Krise* legt der an der Freien Universität Berlin lehrende Felix Syrovatka die erste umfangreiche «historisch-materialistische» Studie zur französischen Reformpolitik in der europäischen Krise vor. Im Zentrum der Arbeit stehen die «spezifische Ausgestaltung von Reformen sowie die Ausbildung von Interessenkoalitionen im Kontext der französischen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik» (S. 3). Materialreich wird der Um- und Abbau des französischen Sozialstaates seit der «austeritätspolitischen Wende» (S. 49) der Regierung Mitterrand in den 1980er-Jahren herausgestellt und der Siegeszug des neoliberalen Projekts während der europäischen Krise als dessen Zuspitzung charakterisiert. Auf der Grundlage von Erkenntnissen der kritischen Europaforschung wird schliesslich die Hypothese formuliert, «dass die Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise in Frankreich, vor dem Hintergrund der europäischen Austeritätspolitik, als Möglichkeitsfenster für transnationale sowie exportorientierte Kapitalfraktionen fungiert, ihre wirtschaftspolitischen Interessen durchzusetzen» (S. 3). Das auf einer Masterarbeit aufbauende Buch ermöglicht einen vertieften Einblick in die Kräftekonstellationen in Frankreich und kann nicht zuletzt helfen, die Möglichkeiten und Probleme der intensiven Sozialproteste gegen das (mittlerweile implementierte) Arbeitsgesetz Loi El Khomri in ihrem geschichtlichen Kontext zu deuten.

Für die zentrale These, dass sich das neoliberale Projekt in Frankreich gerade «durch die krisenkonstitutionalistischen Prozesse auf der europäischen Scale» (S. 218) durchsetzen konnte, wird erstens ein an Antonio Gramsci und Nicos Poulantzas anschliessender Theorierahmen einer materialistischen Staatstheorie entwickelt und zweitens umfangreich empirisches Material wie leitfadengestützte Experteninterviews und politische Dokumente (S. 41) qualitativ ausgewertet. Syrovatka operiert damit mindestens auf zwei Ebenen. *Erstens* geht er mit Louis Althusser davon aus, dass theoretische Begriffe und Konzepte keine austauschbare «Brille», sondern eine «Praxis» darstellen: Wissenschaftliche Arbeit sei nicht unabhängig von sozialen Kämpfen und Auseinandersetzungen, sondern «selbst in gesellschaftliche Kräfteverhältnisse eingebettet» (S. 7). Mit seiner Arbeit bezieht Syrovatka also Stellung in der Auseinandersetzung über die Ausrichtung von Forschung im akademischen Feld, wobei er zunächst den «Governance-Ansatz» kritisiert, der lediglich das reibungslose Funktionieren von Institutionen sicherstellen wolle (S. 8ff.). Anschliessend entwickelt er mithilfe der Begriffe Staat, Klasse, Machtblock und Hegemonie ein Analyseschema einer materialistischen Staatstheorie, um insbesondere auch Dynamiken und Wandelbarkeit von gesellschaftlichen Verhältnissen fassen zu können.

Damit will Syrovatka *zweitens* auf der analytischen Ebene die spezifischen Auseinandersetzungen und Akteur*innen der französischen Reformpolitik konturieren, welche als Teil der Entwicklung des französischen Kapitalismusmodells und seiner Akkumulationsstrategien betrachtet werden. Hier sei insbesondere und exemplarisch auf die austeritätspolitische Wende der Regierung von François Mitterand 1983 und die angebotspolitische Wende der Regierung von François Hollande 2014 hingewiesen. War die sozialistische Regierung Mitterand in den 1980er-Jahren tatsächlich noch mit dem Versprechen einer *«rupture avec le capitalisme»* angetreten (S. 49ff.), so war Hollande bei seiner Wahl 2012 immerhin noch gewillt, mit der europäischen Austeritätspolitik im Nachgang der globalen Finanzkrise zu brechen. In beiden Fällen lässt sich mit den von Syrovatka entwickelten Analyseschemata der materialistischen Staatstheorie zeigen, inwiefern eine soziale Reformpolitik scheitert, solange eine kritische Auseinandersetzung mit dem Staatsapparat fehlt. Bereits in den 1970er-Jahren kann nämlich festgestellt werden, dass «sich neoliberale Akteure stärker organisierten, sich neoliberale Ideen im politischen Diskurs verfingen und sich auch in den Staatsapparaten institutionalisierten» (S. 47). Diese diskursiven und materiellen Veränderungen waren in der Lage, das Ende des historischen Klassenkompromisses im Nachkriegsfrankreich einzuleiten. Doch, so legt Syrovatka dar, erst über die Krisenbearbeitung auf einer europäischen Ebene konnten die Rahmenbedingungen entstehen, um das neoliberale Projekt hegemonial werden zu lassen und den neoliberalen Signifikanten «Wettbewerbsfähigkeit» im öffentlichen Diskurs Frankreichs zu etablieren (S. 220). In diesem Zusammenhang sei es der europäischen Exekutive auch möglich geworden, nicht mehr nur Einfluss «auf die konkrete Ausgestaltung möglicher Reformen im Bereich der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu nehmen, sondern ebenfalls konkrete Reformen in spezifischen Bereichen, bspw. durch die länderspezifischen Empfehlungen [...] von den Mitgliedsländern zu verlangen» (S. 90). Damit stelle die europäische Ebene, «verstanden als Verdichtung 2. Ordnung, ein weiteres Kampffeld für die Ausgestaltung der Reformpolitik dar» (S. 91). Mit diesem Schritt finalisiert Syrovatka sein zentrales Argument, dass das neoliberale Projekt in Frankreich erst über die europäische Ebene im Staat verdichtet wurde – wobei er es allerdings verpasst, das komplexe Kräfteverhältnis zwischen den Staatlichkeiten 1. und 2. Ordnung (Nationalstaat und EU) auf eine konkrete These zu bringen.

Über die detailgenauen Darstellungen der jeweiligen Akteurskonstellationen der Sozialreformen im Zeitraum 2007 bis 2015 gelangt Syrovatka schliesslich noch auf eine dritte Ebene: die der politischen Strategie. Hier konstatiert Syrovatka zunächst, dass die Rentenreform 2010 oder das Arbeitsgesetz Loi Macron im Jahr 2015 als eindrucksvolle Beispiele für die Erfolge des neoliberalen Projekts angesehen werden müssen, auch, weil sie nicht mehr von sozialen Protesten der linken Akteur*innen verhindert werden konnten. Dabei entscheidend sei zum einen der Bruch innerhalb der Gewerkschaften in einen «reformorientierten» und einen «linken» Teil und zum anderen das Fehlen eines Entwurfs für ein kohärentes gegenhegemoniales Projekt, «welches nicht nur das neoliberale Projekt ‹Wettbewerbsfähigkeit› infrage stellen»,

sondern gleichzeitig eine progressive Zukunftsversion entfalten kann, «ohne auf alte und unmoderne, fordistische Konzeptionen zuzugreifen» (S. 205). Syrovatka gelangt zu der Überzeugung, dass es für die linke Akteursgruppe zudem von grosser Bedeutung sein wird, den nationalstaatlichen Rahmen als einziges Handlungsfeld zu verlassen und «die europäische Dimension in ihre Analyse miteinzubeziehen», um aus der eigenen Defensivposition ausbrechen zu können (S. 223). Mit den Platzbesetzungen der Bewegung Nuit Debout zeigt sich aber ansatzweise nicht nur die von Syrovatka abschliessend attestierte «Hegemoniekrise des neoliberalen Projekts» (S. 221), sondern auch erste Fluchtlinien für eine Neuausrichtung eines progressiven Gegenentwurfs. Die neuen Ansätze, Probleme und Möglichkeiten der Bewegung gegen die Loi Travail in einer eigenen Arbeit zu beleuchten, wäre eine interessante Ergänzung zum eher gering ausfallenden Teil zu politischen Strategien. Hierbei wäre es nicht nur interessant zu sehen, inwiefern die europäische Ebene von Gewerkschaften als transnationales Handlungsfeld genutzt werden kann, sondern auch herauszustellen, wie eine progressive Zukunftsversion auf einer europäischen Ebene von heterogenen linken Akteur*innen in verschiedenen Ländern gemeinsam entwickelt werden könnte. Für das von Syrovatka vorgelegte Buch können wir uns bis dahin nur wünschen, dass es von einer breiten Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen und bestenfalls auch ins Französische übersetzt wird. Es stellt einen zentralen Beitrag zum Verständnis der politischen Lage in Frankreich dar.

David Döll

Bettina Dyttrich/Stefan Howald (Hg.): **Quer denken: Mascha Madörin.** Über Antikolonialismus, Südafrika-Solidarität, Kritik am Schweizer Finanzplatz, feministische Wirtschaftstheorie und Care-Ökonomie. Ein Lesebuch mit und über Mascha Madörin. edition 8, Zürich 2016 (142 S.)

Schon das Umschlagfoto, das eine lesende Mascha Madörin zeigt, spricht etwas an, das für sie zentral ist: Madörin liest Bücher, viele Bücher. Und weil sei ihr grosses Wissen gerne teilt und mit anderen diskutiert, erstaunt es nicht, dass sie, nach ihrem Traumberuf gefragt, antwortet: «Bücher lesen für andere. Um ihnen sagen zu können: ‹Diese drei Seiten da, das sind die wichtigsten.›» (S. 34) Wie Ueli Mäder in seiner persönlich gehaltenen Einführung bemerkt, gehört dazu auch die Lektüre von internationalen Zeitungen, besonders, wie ich mich erinnere, aus jenen Ländern des südlichen Afrika, für die sie sich einsetzt.

«Widerständig bewegen», der Buchtitel hätte auch so lauten können. Mascha Madörin lernte ich im nachbarschaftlichen Kontakt kennen. Sie war 1982 mit vielen politischen Erfahrungen aus Moçambique zurückgekehrt. Beide wussten wir, dass politische Erfahrung ein Stimulans ist für Handeln und Bewegen. Dabei kannte Madörin keine Berührungsängste. Für die Südafrika-Boykottkampagne, die sie damals aufbaute, bezog sie zuerst ein Büro im Basler Missionshaus. So entstand eine enge und direkte Beziehung mit der ASA (Arbeitsgruppe südliches Afrika der Missions-, Hilfswerke und NGOs), in der ich aktiv war.

Bewegen, das konnte und kann Mascha Madörin genauso gut wie lesen, denken, forschen, schreiben. Für den

Südafrika-Boykott bewegte sie vor allem Frauengruppen. Inhaltich verstand sie es, die Kampagne stets neu auszurichten. So richtete sich die Boykotkampagne zuerst gegen die grünen Granny-Smith-Äpfel, später gegen den Krügerrand und die südafrikanischen Guthaben auf Schweizer Banken. Ideen, Forschungs- und Denkresultate haben bei Madörin immer Beine: Sie landen nicht nur in der Bibliothek, sondern bei den Menschen. Das Buch zeigt diese bewegten Seiten von Mascha Madörin in ihren verschiedenen Facetten auf.

Der Buchtitel hätte auch «Widerständig denken» lauten können. Das zeigt bereits das lange Gespräch, das die drei WOZ-RedaktorInnen Susan Boos, Bettina Dyttrich und Stefan Howald mit Mascha Madörin führten. Darin wird deutlich, was es damals bedeutete, wenn eine Frau in die männerzentrierte akademische Welt einstieg: «Ich hatte von der dritten Klasse bis zur Matur keine einzige Lehrerin! Und danach keine einzige Professorin. Für die berufliche Orientierung, für die Frage, wie ich leben wollte, hatte ich keine weiblichen Vorbilder.» (S. 17) Widerständig denken bedeutete, das Denken neu zu erfinden, die Welt neu zu sehen. Madörin macht deutlich, dass sie dabei auf wichtige Erfahrungen in ihrer Jugend zurückgreifen konnte, etwa auf die Trennung zwischen männlicher und weiblicher Welt: Während sie mit dem Vater die Fabrik erkundete, erledigte die Mutter die Hausarbeiten, nähte viel und pflegte den Garten. «Das war mein erster Unterricht in feministischer Ökonomie.» (S. 14)

Neben dem Gespräch enthält das Buch vier Beiträge zum inhaltlichen Schaffen Mascha Madörins. Der Beitrag von Barbara Müller beschreibt anhand der Südafrika-Sanktionen die Bedeutung von Madörin in der Solidarität mit dem Widerstand gegen das Apartheidregime. Nach dem Ende der Apartheid 1994 war Madörin eine der treibenden Kräfte, die erreichten, dass im März 1999 der Nationalrat beschloss, das Verhältnis der Schweiz mit dem Apartheidstaat im Nationalen Forschungsprogramm NFP 42+ wissenschaftlich aufzuarbeiten. Obwohl Madörin eine der besten Kennerinnen der Rolle der Schweiz im südlichen Afrika war, war dieses Wissen für den NFP 42+ nicht gefragt. Dafür floss dieses widerständige Denken in die informellen Studien der Recherchiergruppe Schweiz-Südafrika und die KEESA (Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im südlichen Afrika) ein.

Res Strehle beschreibt in seinem Beitrag «Weitsichtiger als die Banquiers», aus wie vielen Blickwinkeln Madörin den Finanzplatz Schweiz analysierte: «Mascha war seine frühe und kompletteste Kritikerin.» (S. 69) Zentral war dabei ihre Tätigkeit bei der Aktion Finanzplatz. Strehle weist auch darauf hin, dass Madörin in diesem Bereich Menschen, genauer Frauen bewegte. Sie ermutigte junge Frauen, in die Beschäftigung mit der Ökonomie einzusteigen. Auch im Kampf gegen den Weltbank- und IWF-Beitritt der Schweiz organisierte sie Frauenpower.

Strehle spricht auch die finanzielle Seite von Madörins Bewegungs- und Denkarbeit an. Madörin hat immer wenig Geld verdient. Wo wäre in dieser Widerstandswelt auch mehr zu holen gewesen? Im Gegensatz dazu wanderten ihre männlichen Wissenschafts- und NGO-Kollegen jeweils früher oder später in die gut zahlende Arbeitswelt ab; der eine (Mäder) an die Universität und der ande-

re (Strehle) in die Zeitungsredaktion. Spätestens in diesem Beitrag wird klar, dass Madörin nicht nur widerständig denkt und forscht, sondern auch konsequent widerständig lebt.

Der Beitrag «Der ungeahnte Blick aufs Ganze» von Annette Hug befasst sich mit der heute noch aktuellen «Wirtschaftsdebatte im Zusammenhang mit Frauenrechten», wie Madörin 1995 schrieb.

Mascha Madörin war 1990 Mitbegründerin des Frauenrats für Aussenpolitik, einem Netzwerk von friedens-, migrations-, entwicklungs- und menschenrechtspolitisch engagierten Frauen. Es folgte eine intensive Forschung, welche Budgets der öffentlichen Hand nach ihren Auswirkungen für Frauen untersuchte. Dann rückten die unbezahlte Arbeit der Frauen und die «Erpressbarkeit der Frauen» in ihren Blick. Die daraus resultierenden Erkenntnisse führten Madörin schliesslich zur intensiven Beschäftigung mit der Care-Ökonomie.

Hug öffnet den Blick – Madörin aus dem Jahr 1995 zitierend – in die Zukunft: «Manchmal ist es, als bewegte ich mich im Nebel und erblickte Konturen ungekannter und ungeahnter Landschaften, überrascht darüber, was ich mir alles nicht vorgestellt und gedacht habe.» (S. 92f.)

Das Porträt von Stefan Howald, «Quer denken», ist auf männliche Art geschrieben und unterstreicht die präzise, strikte und fordernde Art von Madörins Kommunikation. Madörin zeigt aber eine grosse Zuwendung und Empathie, wenn sie mit Menschen diskutiert. Eine Stärke von Madörin ist es, schwierige Ausführungen durch klare, farbige Bilder und Beispiele verständlich zu machen. Sie beugt sich nicht herunter, sondern argumentiert stets auf gleicher Höhe. Das macht, dass ihr Querdenken in verschiedensten Umgebungen Augen öffnet und Menschen bewegt, für Gerechtigkeit zu kämpfen.

Das Buch erleuchtet blitzlichtartig einige Aspekte des Denkens, Arbeitens und Lebens von Mascha Madörin. Dies wird deutlich, wenn man sich die lange Liste der Publikationen von Madörin, die im Buch verdienstvollerweise zusammengestellt wurde, vor Augen führt. Schade, dass nicht angegeben wird, wer sie zusammengestellt hat. In dieser Publikationsliste blitzt Widerständigkeit in einem ungeheuren Facettenreichtum auf. Eine Einladung, sich auf die Madörin'schen Pfade zu begeben.

Mir bleibt die Frage: Wer ehrt Mascha Madörin jemals akademisch für ihre Arbeit, ihr Denken, ihr Forschen und ihr Bewegen – gerade wegen ihrer Widerständigkeit? Bettina Dyttrich und Stefan Howald haben es mit dieser Schrift *honoris causa* zum siebzigsten Geburtstag von Mascha Madörin öffentlich getan.

Vreni Schneider